

Donnerstag, 27. Juli 2023

Zu viel Wasser im Rudower Blumenviertel

Bewohner setzen ihre Hoffnung nun in den neuen Senat

Rudow. Andere wünschen sich dringend Wasser, sie haben zu viel davon, und zwar in ihren Kellern. Die Bewohner des Blumenviertels in Rudow hoffen, dass der neue Senat das Problem zu hoher Grundwasserstände erneut aufgreift. „Eine Verbandslösung wäre die günstigste Variante für alle“, sagt der Vorsitzende des Vereins Siedlungsverträgliches Grundwasser in Berlin und CDU-Abgeordnete, Olaf Schenk. Am 1. September will sich Umweltstaatssekretärin Britta Behrendt (CDU) vor Ort ein Bild von der Lage machen, wie Sprecherin Britta Elm mitteilte.

Im Blumenviertel gibt es schon länger Probleme mit steigendem Grundwasser – und Streit darum. Das Grundwasser hatte lange einen niedrigen Stand, weil es in einem Wasserwerk abgepumpt wurde. Seit der Wiedervereinigung wurde weniger Wasser gefördert, sodass Nässeschäden wie Risse und Schimmel an tiefen und schlecht geschützten Kellern auftraten. Der Senat hat deswegen bis Ende Juni 2022 eine Brunnenanlage zur Absenkung des Grundwassers betrieben. Gerichtlich wurde festgestellt, dass das Land die Anlage nicht länger betreiben muss. Laut Schenk sind nach der Abschaltung wieder Grundwasserprobleme aufgetreten.

Die Umweltverwaltung bot eine zentrale Lösung an

Wenn sich 200 Interessenten finden, würde das Land die Planungskosten übernehmen, die Anwohner den Bau und Betrieb der Anlage finanzieren. „146 Anlieger haben ihr Interesse an einer neuen zentralen Anlage bekundet“, teilte Sprecherin Britta Elm mit. Statt dieser Lösung, bei der sich die Anwohner selbst organisieren müssten, setze sich sein Verein für die Gründung eines Verbands ein, betont Schenk. „Diesem müssten alle etwa 3000 Anwohner beitreten, hätten jährlich aber nur eine geringe Gebühr im zweistelligen Bereich zu zahlen“, sagte Schenk. Für Planung und Ausführung wären in dem Fall die Wasserbetriebe zuständig. Auch der Senat müsse sich beteiligen, da es inzwischen auch Straßenschäden gebe und somit öffentliche Infrastruktur betroffen sei. Bislang habe der Senat die Verbandslösung abgelehnt mit der Begründung, dass es sich um Privatgrundstücke handele. Dies sei durch die Straßenschäden nun nicht mehr ausschließlich der Fall. *dpa*



Anwohner demonstrieren für ein Grundwassermanagement. SERGEJ GLANZE/FFS

Die Rätzel: Jetzt auch